

Abg. Dr. Kuhlmann merkte an, aus Sicht der FDP-Kreistagsfraktion sei es die Aufgabe der RSAG, Müll für den Bürger kostengünstig zu entsorgen. Die geplante Erschließung anderer Geschäftsfelder, wie etwa die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen, sei bedenklich. Die RSAG solle sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Er bat um Mitteilung, ob es Studien zur technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit des Projekts gebe und ob diese zur Verfügung gestellt werden könnten. Biogasanlagen seien trotz der Subventionierung keine Selbstläufer; es gebe erhebliche technische und auch wirtschaftliche Risiken und es bestehe die Gefahr, dass der Bürger ein eventuell entstehendes Defizit über höhere Gebühren finanzieren müsse. Im Übrigen bestünden ethische, ökologische und auch agrarpolitische Bedenken, Nahrungsmittel zur Energieerzeugung zu verwenden.

Frau Decking verdeutlichte zunächst, dass es sich hier um zwei verschiedene Biogasanlagen handele, wobei nur eine zur Beseitigung von Abfällen vorgesehen sei und von der RSAG selbst betrieben werden solle. Zu diesem Zweck werde das eigene Kompostwerk um eine Biogasanlage erweitert und damit auf eine Kapazität von dann 30.000 Tonnen erhöht. Damit begegne man der in den letzten Jahren stetig steigenden Menge von Bioabfall, die auf diese Art und Weise als Energieträger genutzt und sinnvoll verarbeitet werden könne. Die Biogasanlage für nachwachsende Rohstoffe solle nicht von der RSAG selbst, sondern von einem privaten Entsorger, der Firma Reterra, die derzeit als Mitgesellschafter in der KRS tätig sei und in dieser Funktion Mitte 2013 ausscheide, betrieben werden. Eine Machbarkeitsstudie sei zwar erstellt und auch dem Aufsichtsrat der RSAG vorgelegt worden, allerdings werde diese nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, da sie Geschäftsdaten der RSAG enthalte, die nur im Aufsichtsrat beraten würden.

Abg. Scharnhorst führte aus, die SPD-Kreistagsfraktion teile die Bedenken der FDP nicht, stelle aber die Frage, warum die ebenfalls geplante Photovoltaikanlage nicht von der RSAG selbst betrieben werden, weil die Rendite in diesem Fall gegenüber der vorgesehenen Verpachtung der Dachflächen sicher deutlich höher sein könnte. Darüber hinaus bat er um Auskunft, ob es schon Gespräche mit der Stadt Sankt Augustin gegeben habe und zu welchem Ergebnis diese gegebenenfalls geführt hätten.

Frau Decking antwortete, die RSAG habe sich bei der Photovoltaikanlage dagegen entschieden, sie selbst zu betreiben, weil zum einen Energieerzeugung nicht das Kerngeschäft sei und zum anderen auch das damit verbunden Risiko nicht von der RSAG bzw. dem Gebührenzahler getragen werden solle. Mit der Stadt Sankt Augustin sei die RSAG im Gespräch, allerdings sei der so genannte Friedensvertrag noch nicht neu ausgehandelt worden. Dies müsse jedoch in naher Zukunft erfolgen.

Abg. Salgert begrüßte das Vorhaben der RSAG, Bioabfälle zur Energieerzeugung zu nutzen, da damit auch die regenerativen Energien im Rhein-Sieg-Kreis gestärkt würden. Ihn interessiere, ab wann sich die Investition refinanziert habe.

Frau Decking sagte zu, diese Information mit der Niederschrift nachzureichen.

Anmerkung der Verwaltung: Nach Mitteilung der RSAG ergibt sich für das derzeitige Investitionsvolumen von rd. 11.0 Mio. € bezogen auf die Vergärungsstufe eine Amortisationszeit von 5 Jahren.